

Der Widerstand regte sich sofort, knapp vor der Entscheidung.  
Die Grünen wehrten sich:

## FLENSBORG AVIS

Dienstag, den 14. Dezember 1982

# Stadtwerke durch „steuerliche Taschenspielertricks opfern“?

**Im Eiltempo der Kontrolle der Bürger entzogen — Die Grünen werfen der Stadt eine »Bürgerschädigende Vorgehensweise« vor**

**Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Partei »Die Grünen« — Kreisverband Flensburg — wurde am Wochenende folgende Pressemitteilung zur Stadtwerkeproblematik verabschiedet:**

Die Flensburger Stadtwerke sind zu einem vorbildlichen Modell für die Bundesrepublik geworden. Und zwar unter dem jetzigen Eigenbetrieb. Jetzt hat die Stadtverwaltung Geldprobleme. Diese möchten sie zu einem Teil mit Hilfe der Stadtwerke lösen. Das ist unstatthaft.

Denn seinerzeit haben die Bürger im Vertrauen auf die seriösen Stadtwerke ihre eigene Heizung abbauen lassen, die Schornsteine zugemacht und sich für viel Geld an die Fernheizung angeschlossen, um umweltfreundlich und energiesparend zu heizen. Jetzt, nachdem der vollständige Versorgungsgrad erreicht ist, das Gasnetz abgeschaltet wurde, sind die Bürger völlig abhängig von den Stadtwerken.

Jetzt erkennen die Bürger, daß ohne ausreichende, sorgfältige und ernstzunehmende Diskussion die Stadtwerke im Eiltempo ihrer Kontrolle und

Einsicht entzogen werden sollen. Der maximal durch Steuertricks erzielbare »Gewinn« für die Stadtverwaltung ist mit etwa einer Million Mark pro Jahr weniger als ein Prozent des Umsatzes der Stadtwerke. Die Öffentlichkeit hatte bisher keine Gelegenheit, diese Zahlen nachzuprüfen. Auf jeden Fall ist dies eine unverhältnismäßige, kurzsichtige und die Bürger schädigende Vorgehensweise. Soll hier in der Stunde der finanziellen Not für andere von höchster Stelle ein Zeichen gesetzt werden, mit Bauherrenmodell, Abschreibungsfirmen und dubiosen Parteispenden sich über Wasser zu halten?

Werden die Eigenbetriebe in eine GmbH verpackt, sind sie versandfertig für eine Beteiligung oder einen Verkauf an Energiekonzerne. Dritte können dann zulangen, auch wenn es jetzt noch dementiert wird.

Werden die Eigenbetriebe in

eine GmbH eingebracht, bleiben sie zwar voll im Eigentum der Stadt, aber sind nicht mehr dem Allgemeinwohl verpflichtet, sondern dem Abkassieren der Bürger. Dazu kommt, daß eine GmbH nicht mehr kontrollierbar wie der übrige öffentliche Bereich bis zum letzten Pfennig ist, sondern sie kann ganz gesetzmäßig Schmiergelder und Geldmittel zur Absicherung ihrer Energiepolitik gegen neue, unerschöpfliche, billige und sichere Energietechnologien oder ihre politischen Befürworter ausgeben.

So wurde Oberbürgermeister Klose, als er das »Modell Flensburg« in Hamburg einführen wollte, von den Hamburgischen Elektrizitäts Werke AG politisch zur Strecke gebracht.

Noch haben der Rechnungshof und die Bürger die Einsicht und Kontrolle. Das ist auch gut so, und so soll es auch bleiben und nicht wegen steuerlicher Taschenspielertricks geopfert werden.